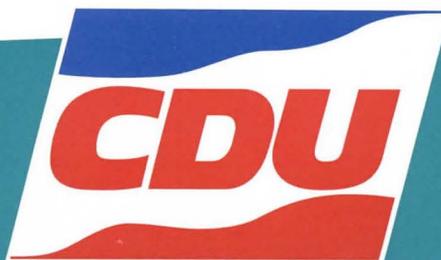


**Zeit zum Wechsel:**

**SCHLESWIG-HOLSTEIN 2000  
GESTALTEN**

**CDU-Regierungsprogramm  
1992 - 1996**



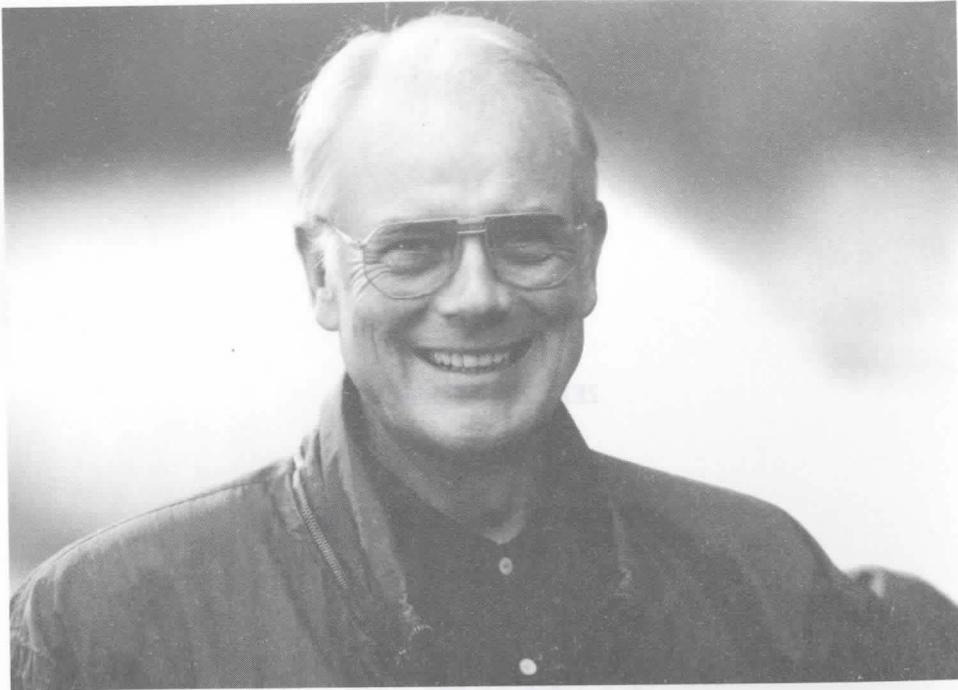
17.1.1992

2/201/116-2-514

ZEIT ZUM WECHSEL:

SCHLESWIG-HOLSTEIN 2000 GESTALTEN

CDU-Regierungsprogramm 1992 - 1996



**Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten  
Ottfried Hennig:**

"Unser Land braucht eine Regierung, die für eine solide Zukunft Schleswig-Holsteins arbeitet.

Wir werden mit Mut zum Handeln die Zukunft für unsere Heimat gestalten."

Liebe Mitbürgerinnen,  
liebe Mitbürger,

zunächst möchte ich Ihnen herzlich dafür danken, daß Sie sich für das Regierungsprogramm der CDU Schleswig-Holstein interessieren. Dies zeigt mir: Sie machen sich Ihre Entscheidung am 5. April 1992 nicht leicht.

Vor vier Jahren hat sich die Mehrheit der schleswig-holsteinischen Wählerinnen und Wähler gegen die CDU entschieden. Nun tritt eine neue Mannschaft mit neuen Frauen und Männern an, um Sie um Ihr Vertrauen zu bitten. Sie tut dies mit dem konkreten Programm, das Sie in Händen halten.

In den vergangenen vier Jahren hat es in Deutschland und in der Welt Veränderungen gegeben, wie nie zuvor in der jüngeren Geschichte. Wer hätte 1988 daran geglaubt, daß wir heute alle ungehindert z. B. in unser Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern reisen könnten? Und wer hätte damals den Reformprozeß und das Ende des Kommunismus voraussagen können? Diese neuen Entwicklungen stellen auch unser schönes Schleswig-Holstein vor neue Herausforderungen. Auch wir sind dazu aufgerufen, unseren solidarischen Beitrag dazu zu leisten, daß der demokratische Aufbau in den fünf neuen Bundesländern und in ganz Osteuropa sich in einem gesicherten Rahmen vollziehen kann. Und deshalb müssen wir in Schleswig-Holstein uns auf wenige, dringend notwendige Schwerpunkte in der gestaltenden Politik konzentrieren, die die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen sichern.

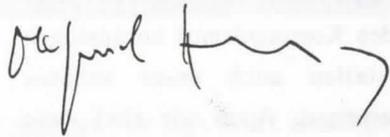
Deshalb gilt für das Regierungsprogramm der CDU ein genereller Finanzierungsvorbehalt. Nicht alles Wünschenswerte wird in den nächsten Jahren machbar sein. Es ist aber mein politischer Wille, den Mangel an Kindergartenplätzen in der nächsten Legislaturperiode auch mit Hilfe des Landes anzugehen und zu beseitigen. Ob das gelingt, hängt davon ab, was wir als Erbe der SPD vorfinden.

Wenn wir jetzt realistisch bleiben, unseren Beitrag für Andere leisten und unsere Ansprüche ein klein wenig zurückschrauben, werden wir die Zukunft gewinnen können. Ich bitte Sie sehr herzlich darum, unser Regierungsprogramm zu lesen und mit mir und meinen Freunden, Ihren Kandidatinnen und Kandidaten, darüber zu diskutieren.

Es bietet nach meiner festen Überzeugung die bessere Alternative für unser Schleswig-Holstein. Die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU Schleswig-Holstein verdienen Ihr Vertrauen. Wenn Sie mithelfen, können wir gemeinsam ein liebenswertes und zukunftsfähiges Land so gestalten, daß es auch morgen eine schöne Heimat für uns alle bleibt.

Herzlichst

Ihr



## I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Zeit zum Wechsel	Seite 1 - 4
Umwelt schützen - Zukunft gewinnen	Seite 5 - 9
Arbeitsplätze sichern - Unsere Wirtschaft zukunftsfähig machen	Seite 10 - 22
Existenz- und wettbewerbsfähige Landwirtschaft	Seite 23 - 27
Jugend ist Zukunft	Seite 28 - 29
Zukunft durch Bildung	Seite 30 - 36
Kultur erleben und gestalten	Seite 37 - 38
Verantwortung der Generationen füreinander	Seite 39 - 45
Frauen: Gleichberechtigung und Partnerschaft	Seite 46 - 48
Asylrecht schützen - Mißbrauch beseitigen	Seite 49 - 50
Öffentliche Sicherheit und Verwaltung im Dienste der Menschen	Seite 51 - 53
Partnerschaft zwischen Kommunen und Land	Seite 54

## ZEIT ZUM WECHSEL

Bis 1988 trug die CDU Verantwortung für Schleswig-Holstein. In dieser Zeit hatte sie als führende und gestaltende politische Kraft als Regierungspartei gemeinsam mit den hier lebenden Menschen aus Schleswig-Holstein ein blühendes, modernes, zukunfts-offenes, lebens- und liebenswertes Land gemacht.

In den vergangenen vier Jahren haben die Sozialdemokraten unser Land trotz hervorragender Ausgangsbedingungen nicht weiter vorangebracht. Großen Versprechungen sind kaum Taten gefolgt. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist das große Dilemma der SPD-Regierung. Einige Beispiele:

- Die Unterrichtsversorgung in den Schulen ist nicht besser, sondern deutlich schlechter geworden.
- Gesamtschulen werden unter Bruch von Wahlversprechen auch gegen den Willen der Betroffenen, z.B. der Eltern und Schulkonferenzen, eingerichtet.
- Die Versorgung mit Kindertagesstättenplätzen ist seit 1988 schlechter geworden.
- Wichtige Entscheidungen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur werden in unverantwortlicher Weise verhindert oder auf die lange Bank geschoben.

- Die Polizei erhält neue Aufgaben, aber keine Rückendeckung und nicht mehr Personal. Das geht zu Lasten der Sicherheit der Menschen in unserem Land.
- Statt Kostensenkung schafft die Regierung neue Kostenbelastungen für die Landwirtschaft.
- Statt der versprochenen Partnerschaft erhalten die Kommunen von der Landesregierung neue finanzielle Belastungen.
- Trotz sprudelnder Steuerquellen ist die finanzielle Lage des Landes auch bedingt durch eine verfehlte Landespolitik von SPD und Landesregierung deutlich schlechter geworden.

Das Experiment mit der SPD hat Schleswig-Holstein nicht genutzt. Es ist Zeit zum Wechsel.

Am 5. April 1992 stehen die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins vor der Wahl:

- zwischen der SPD, die vier Jahre lang viel versprochen und wenig gehalten hat, und der CDU, die offen sagt, was möglich und was unmöglich ist,
- zwischen einer Landesregierung, die immer wieder selbstherrlich über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet, und der CDU, die in ihren Entscheidungen Anregungen und Ideen sowie Sorgen und Bedenken der Menschen berücksichtigt,

- zwischen einer Landesregierung, die dort, wo Beschlüsse nötig sind, diese auf die lange Bank schiebt, und der CDU, die Probleme anpackt, sie löst und dafür die Verantwortung übernimmt,
- zwischen einer Landesregierung, die das Asylproblem nicht löst, und der CDU, die mit einer Ergänzung des Grundgesetzes den Mißbrauch des Asylrechts weitgehend verhindern will,
- zwischen einer Landesregierung, deren Partei auch nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Ost- und Mitteleuropa noch immer vom "Demokratischen Sozialismus" spricht, und der CDU, die auf das bewährte und weltweit geachtete Konzept der Sozialen Marktwirtschaft setzt und damit die Freiheit und Selbstverantwortung der Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt,
- zwischen einer Landesregierung, die zum Schaden Schleswig-Holsteins im Dauerkonflikt mit der Bundesregierung liegt, und der CDU, die die Interessen Schleswig-Holsteins in enger Kooperation mit Bundeskanzler Helmut Kohl und der Bundesregierung erfolgreich vertritt,
- zwischen einer Landesregierung, die mit Verfassung und Recht in Konflikt geraten ist, z.B. beim Ausländerwahlrecht, und der CDU, die rechtzeitig vor diesem Weg gewarnt hatte.

Am 5. April 1992 haben die Wählerinnen und Wähler in Schleswig-Holstein die Chance: Mit Ihrer Stimme für die CDU wählen Sie

- eine Partei und Menschen, die sich auskennen in Schleswig-Holstein und hier zu Hause sind,
- ein Team von Frauen und Männern mit unverbrauchten Ideen,
- eine neue Landesregierung mit sachlicher Kompetenz,
- Ottfried Hennig zum Ministerpräsidenten.

## UMWELT SCHÜTZEN – ZUKUNFT GEWINNEN

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Schutz bedrohter und gefährdeter Natur ist eine vorrangige Aufgabe christlich-demokratischer Politik.

Saubere Luft, reines Wasser, gesunde Böden und eine ökologisch intakte Kulturlandschaft sind elementare Bedingungen unserer Existenz. Nur funktionsfähige Kreisläufe sichern das Leben auf der Erde.

Das Ausmaß der Gefährdungen und Zerstörungen verlangt

- entschlosseneres Handeln für Natur und Umwelt,
- Umweltvorsorge bei allen Entscheidungen und Aktivitäten, insbesondere Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Es bedarf des klaren Ordnungsrahmens, der die Verantwortung des einzelnen für die Bewahrung der Natur und der Umwelt einfordert. Das öffentliche Bewußtsein für unsere Lebensgrundlagen ist zu schärfen: Jede Bürgerin und jeder Bürger muß wissen, was sie und er für den Erhalt und den Schutz der Natur tun kann.

Unsere Umweltpolitik verbindet ordnungsrechtliche und marktwirtschaftliche Instrumente. Ge- und Verbote dienen der Abwehr unmittelbarer Gefahren. Information über umweltfreundliches Verhalten und umweltfreundliche Produkte, Umweltabgaben und steuerliche Anreize dienen der Durchsetzung des Verursacherprinzips und stärken die Eigenverantwortlichkeit und -initiative der Menschen zum Schutz der Natur. Diese marktwirtschaftlichen Instrumente wollen wir ausbauen.

- eine Partei und Menschen, die sich auskennen in Schleswig-Holstein und hier zu Hause sind,
- ein Team von Frauen und Männern mit unverbrauchten Ideen,
- eine neue Landesregierung mit sachlicher Kompetenz,
- Ottfried Hennig zum Ministerpräsidenten.

## UMWELT SCHÜTZEN – ZUKUNFT GEWINNEN

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Schutz bedrohter und gefährdeter Natur ist eine vorrangige Aufgabe christlich-demokratischer Politik.

Saubere Luft, reines Wasser, gesunde Böden und eine ökologisch intakte Kulturlandschaft sind elementare Bedingungen unserer Existenz. Nur funktionsfähige Kreisläufe sichern das Leben auf der Erde.

Das Ausmaß der Gefährdungen und Zerstörungen verlangt

- entschlosseneres Handeln für Natur und Umwelt,
- Umweltvorsorge bei allen Entscheidungen und Aktivitäten, insbesondere Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Es bedarf des klaren Ordnungsrahmens, der die Verantwortung des einzelnen für die Bewahrung der Natur und der Umwelt einfordert. Das öffentliche Bewußtsein für unsere Lebensgrundlagen ist zu schärfen: Jede Bürgerin und jeder Bürger muß wissen, was sie und er für den Erhalt und den Schutz der Natur tun kann.

Unsere Umweltpolitik verbindet ordnungsrechtliche und marktwirtschaftliche Instrumente. Ge- und Verbote dienen der Abwehr unmittelbarer Gefahren. Information über umweltfreundliches Verhalten und umweltfreundliche Produkte, Umweltabgaben und steuerliche Anreize dienen der Durchsetzung des Verursacherprinzips und stärken die Eigenverantwortlichkeit und -initiative der Menschen zum Schutz der Natur. Diese marktwirtschaftlichen Instrumente wollen wir ausbauen.

Wir alle sind von den ökologischen Herausforderungen unmittelbar betroffen. Verantwortliche Umweltpolitik muß deshalb im Dialog mit den Menschen, insbesondere mit den Repräsentanten der im Umweltschutz engagierten Verbände, gestaltet werden.

Die Kommunen müssen wieder auf eine geschäftsbereite und handlungsfähige Landesregierung vertrauen können, die ihnen die notwendige finanzielle Unterstützung und den Rahmen für die Lösung der drängenden Umweltprobleme gibt. Die kommunale Selbstverwaltung muß auch in Umweltfragen gestärkt werden.

Grundlagen für die zukünftige Entwicklung des Landes müssen durch eine umfassende und gesicherte Landesplanung gelegt werden, die Ökologie und Ökonomie koordiniert, die Umweltbelastungen reduziert, Naturräume sichert und erweitert sowie angemessene Räume für die Freizeit im Einklang mit der Natur gewährleistet.

Unsere Nachbarn sollen in Schleswig-Holstein wieder einen verlässlichen Partner in der Zusammenarbeit bei der Planung des Umweltschutzes haben. Dies gilt insbesondere für die Abfallwirtschaft.

Eine CDU-Landesregierung wird

- den Biotopschutz zum Erhalt einer artenreichen Flora und Fauna in unserem Heimatland durch Vernetzung schutzwürdiger Gebiete erweitern, z.B. durch extensive Landwirtschaft, Randstreifenprogramme und die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete,

- darauf hinwirken, daß Tierversuche reduziert werden,
- die Altlastensanierung voranbringen,
- den Waldanteil deutlich erhöhen,
- ein Naturschutzprogramm auflegen und dabei den Naturschutz auf der Grundlage einer engen Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft und Forstwirtschaft sowie der Fischerei weiterentwickeln,
- die bewährten Konzepte zur Schaffung und Sicherung von Lebensräumen für die Tier- und Pflanzenwelt sowie die Förderung der extensiven landwirtschaftlichen Bodennutzung sind auf der Grundlage der Freiwilligkeit weiter auszubauen.

Diese Aufgaben sind nicht nur durch das Land, sondern auch mit privaten Initiativen und dem Einsatz insbesondere der Landwirtschaft wahrzunehmen. Dies darf nicht zu untragbaren finanziellen Belastungen der Landwirtschaft führen.

Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der die für den schädlichen Treibhauseffekt der Erde mitverantwortlich ist, muß vermindert werden. Die Verbrennung fossiler Stoffe muß erheblich eingeschränkt werden. Diesem Ziel dient auch die Nutzung nachwachsender Rohstoffe als Energieträger. Wir treten für die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe ein.

Die Reinhaltung der schleswig-holsteinischen Bäche, Flüsse und Seen ist eine wichtige Voraussetzung zur Erhaltung des biologischen Gleichgewichts. Hierzu gehört die Intensivierung und

Beschleunigung aller Anstrengungen zur Gesundung der Ökosysteme Nord- und Ostsee.

Eine CDU-Landesregierung wird

- Grundwasser und Oberflächenwasser konsequent und wirksam schützen und so eine weitgehende Schonung der Ressource Wasser sicherstellen,
- dafür sorgen, daß die Verwendung von Trinkwasser als Brauchwasser eingeschränkt wird,
- Wasserbewirtschaftungspläne aufstellen und durchsetzen, die eine weitgehende Schonung der Ressource Wasser sicherstellen,
- weitere Wasserschutzgebiete ausweisen,
- dafür sorgen, daß die Nähr- und Schadstofffracht der Oberflächengewässer ihre natürliche Reinigungsfähigkeit nicht übersteigt.
- die Zusammenarbeit mit den anderen Nord- und Ostseestaaten intensivieren, da nur mit grenzübergreifenden Anstrengungen die Meere gesunden können.

Umweltpolitik ist eng verknüpft mit anderen Bereichen. Eine CDU-Landesregierung wird

- die Umweltbildung in den Schulen ausbauen,
- neue umweltpädagogische Zentren einrichten,

- die Menschen besser vor Lärmbelastigungen schützen, z.B. durch Ergänzung von Lärmschutzregelungen,
- Handbücher über Naturschutz und Landschaftspflege für die Bürgerinnen und Bürger herausgeben,
- alle umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen in einem Umweltgesetzbuch zusammenfassen.

#### Müll vermeiden und verwerten

Wir müssen in der Zukunft weniger Abfälle erzeugen. Daher hat Abfallvermeidung Vorrang vor Abfallverwertung und sonstiger Entsorgung. Die Abfallvermeidung und Abfallsortierung muß im Haushalt beginnen. In einem kombinierten Hol- und Bringsystem, das für die Bürger praktikabel sein muß und sich den jeweiligen technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen hat, wird der Abfall gesammelt und der weiteren Behandlung zugeführt. Die Entsorgungssicherheit in Schleswig-Holstein zu gewährleisten und erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung und Verwertung realistisch auszurichten, ist vorrangige Aufgabe.

Soweit Abfälle nicht verwertet werden können, hat eine Deponierung oder thermische Behandlung nach dem neuesten Stand der Technik zu erfolgen.

Eine CDU-Landesregierung wird

- Forschungs- und Modellvorhaben verstärkt fördern, die eine wirtschaftliche Wiederverwertung von Abfällen zum Ziel haben,
- einen Lehrstuhl für Abfallwirtschaft einrichten.

## ARBEITSPLÄTZE SICHERN – UNSERE WIRTSCHAFT ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN

### Soziale Marktwirtschaft: Über 40 Jahre ein Erfolg

Unsere Gesellschaftsordnung basiert auf der Freiheit und der Selbstverantwortlichkeit des einzelnen Menschen und der Solidarität mit den Schwachen, die der Hilfe bedürfen. Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsverfassung, die diesem Menschenbild entspricht: Der Staat soll nicht etwas tun, was der einzelne Mensch selbst zu leisten vermag.

Soziale Marktwirtschaft schafft die materielle Basis für soziale Leistungen; sie ermöglicht es allen Menschen, sich zu entfalten, etwas zu leisten für sich und andere. Sie sorgt für ein ausgewogenes Miteinander der am Wirtschaftsprozess Beteiligten, der Verbraucher und der Produzenten, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber.

Das System unserer Sozialen Marktwirtschaft hat sich in über 40 Jahren als erfolgreich erwiesen.

Eine CDU-Landesregierung wird dafür sorgen,

- daß die Soziale Marktwirtschaft Kernpunkt der Wirtschaftsordnung Schleswig-Holsteins bleibt,
- daß ihre Elemente, nämlich Eigentum, Leistung, Wettbewerb und sozialer Ausgleich, gefördert werden,
- daß dem Mittelstand als wichtigem Motor unserer Wirtschaft die notwendigen Freiräume geschaffen werden, um seine Dynamik entfalten zu können,

- daß der Zugang zu den Märkten frei bleibt.

### Mittelstand als Rückgrat der Sozialen Marktwirtschaft

Der Mittelstand mit seinen Unternehmerinnen und Unternehmern und seinen dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist ein Eckstein der Sozialen Marktwirtschaft. In den kleinen und mittleren Betrieben und bei den freiberuflich Tätigen ist die Beziehung zwischen Leistung und Erfolg für alle unmittelbar erkennbar. Aus dem Wettbewerb dieser vielen Selbständigen untereinander erwachsen ständig neue Ideen, Produkte und Herstellungsverfahren. Aufgrund dieses stetigen innovativen Prozesses sind auch der Großteil der neuen Arbeitsplätze in den vergangenen zehn Jahren von der mittelständischen Wirtschaft geschaffen worden. Unsere Politik für den Mittelstand bietet Hilfe zur Selbsthilfe bei neuen Aufgaben und Herausforderungen. Wir schaffen ein Klima, in dem sich Leistung und Einsatz lohnen.

Eine CDU-Landesregierung wird die Entwicklungschancen des Mittelstandes stärken durch

- Abbau von Hemmnissen bei der Erschließung dringend benötigter Industrie- und Gewerbeflächen sowie bei Anträgen für Neuansiedlungen, Erweiterungen und Modernisierungen,
- Förderprogramme, um die Start- und Wettbewerbschancen für den Mittelstand zu verbessern,

- Weiterbildungsmaßnahmen für Betriebsinhaberinnen und -inhaber sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere im Bereich neuer Technologien,
- ein bedarfsgerechtes Netz von Technologie-Zentren,
- weitgehende Privatisierung von nicht hoheitlichen Aufgaben.

#### Für die Zukunft forschen

Schleswig-Holstein wird im verstärkten Wettbewerb der europäischen Regionen nur bestehen, wenn es alle Möglichkeiten von Forschung und Entwicklung rationell nutzt. Die öffentlichen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im Lande müssen deshalb gestärkt und noch enger miteinander verzahnt werden. Ebenso ist der Informationstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu intensivieren und effektiv zu organisieren.

Eine CDU-Landesregierung wird

- ein Austauschprogramm zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im Lande für junge Nachwuchskräfte entwickeln,
- die für viele verwirrende Vielfalt nebeneinander bestehender öffentlicher Forschungs- und Entwicklungsförderaktivitäten als Angebot an die mittelständige Wirtschaft im Lande überschaubar machen, damit hier eine wirkungsvolle Hilfe zur Selbsthilfe zum Tragen kommt.

In Anbetracht der verfügbaren Ressourcen werden wir landesspezifische Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte setzen, z.B. in den Bereichen Meerestechnik, regenerative Energien, Medizintechnik und Mikroelektronik.

Eine enge Abstimmung mit den Nachbarländern wird erfolgen, um Synergie-Effekte nutzbar zu machen.

#### Umweltfreundliche Energie rationell und sicher nutzen

Schleswig-Holstein braucht eine realistische und zukunftsorientierte Energiepolitik, die eine bezugssichere, umweltverträgliche und wirtschaftliche Energieversorgung gewährleistet. In Anbetracht der Umweltprobleme, die mit jeder Form der Energieerzeugung verbunden sind, gilt es, möglichst viel Energie auf sinnvolle Art zu sparen und erzeugte Energie rationell zu nutzen. Den öffentlichen Händen kommt hierbei eine Vorbild- und Vorreiterfunktion zu.

Eine CDU-Landesregierung wird deshalb

- ein umfassendes Energiesparprogramm für alle Landesdienststellen entwickeln und die kommunale Ebene zu gleichen Anstrengungen anregen,
- sinnvolle Nah- und Fernwärmeprojekte fördern,
- den regenerativen Energien im Lande, insbesondere der Windenergie, Chancen eröffnen, ohne daß dadurch der Charakter der Landschaft beeinträchtigt werden darf,

- die Einsatzmöglichkeiten nachwachsender Rohstoffe verbessern, um sie näher an die Wirtschaftlichkeit heranzuführen.

Trotz all dieser Anstrengungen verbleibt ein erheblicher Energiebedarf, der auf absehbare Zeit nur durch fossile Energieträger und durch die friedliche Nutzung der Kernenergie als Übergangslösung gedeckt werden kann, bis andere Energiequellen zur Verfügung stehen, die ebenso sicher, umweltschonend und wirtschaftlich sind. In Anbetracht der drohenden weltweiten Klimaprobleme aufgrund des hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes beim Verbrennen fossiler Energieträger muß auch Schleswig-Holstein entsprechend den Vorgaben des Bundes den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahre 2005 um 25 bis 30 Prozent senken. Ein Ersatz von technisch sicheren Kernkraftwerken durch klimagefährdende Kohlekraftwerke ist keine Lösung. Stattdessen muß dafür gesorgt werden, daß der hohe Sicherheitsstandard in den Kernkraftwerken weiterentwickelt wird.

#### Wettbewerbsfähige Werften

Moderner Handels- und Marineschiffbau sowie die damit verbundenen Wirtschaftsbereiche müssen auch in Zukunft Platz im schleswig-holsteinischen Wirtschaftsgefüge haben.

Leistungsfähiger Schiffbau, der jede Möglichkeit zur Produktivitätsverbesserung ausschöpft, darf in seiner Existenz nicht durch künstliche Wettbewerbsverzerrungen aus anderen Ländern gefährdet werden. Solange solche Wettbewerbsverfälschungen nicht beseitigt werden können, sind auf deutscher Seite entgegenwirkende Hilfen zu gewähren. Zugleich sind Anstrengungen der Bundesregierung erforderlich, die zu einer einheitlichen

EG-Schiffbaupolitik und zum Abbau der Wettbewerbsverzerrungen fernöstlicher Länder führen.

Um hieraus jedoch keine Dauerbelastung für das Land entstehen zu lassen, sind in einer Übergangsphase zusätzliche Hilfen zu leisten, die über erhöhte Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen und eine Steigerung der Produktivität zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit führen. Ebenso ist an Werftstandorten die Erschließung und Ausweitung neuer, nicht von Subventionen abhängiger Geschäftsfelder intensiv zu fördern. Beides erlangt durch die weltweite Abrüstung, von der auch der Marine-schiffbau betroffen wird, hohe Aktualität.

#### Urlaub in gesunder Natur

Schleswig-Holstein ist das Fremdenverkehrsland Nr. 2 in Deutschland. Seine gute Platzierung verdankt es seiner attraktiven Landschaft, dem bemerkenswerten gastgewerblichen Standard, den erfolgreichen Bemühungen der Fremdenverkehrswirtschaft und vor allem den klimatischen Vorteilen eines Landes zwischen den Meeren.

Der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein ist insbesondere in schwächer strukturierten Landesteilen ein entscheidender Wirtschaftsfaktor, dem durch die Reduzierung der Bundeswehr noch mehr an Bedeutung zukommt.

Mittel- und langfristig werden Wettbewerbsveränderungen durch den neuen touristischen Markt in Mecklenburg-Vorpommern und den EG-Binnenmarkt zu bewältigen sein.

Eine CDU-Landesregierung wird

- dem Stellenwert des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein als Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktor im besonderen Maße Rechnung tragen,
- eine enge Verzahnung mit den Umweltbelangen sicherstellen, da eine intakte Landschaft Voraussetzung für eine kontinuierliche Fremdenverkehrsentwicklung ist,
- sich für attraktive saisonverlängernde Freizeitangebote und Förderung der touristischen Struktur einsetzen,
- gegenüber Klein- und Mittelbetrieben im gastgewerblichen wie im Dienstleistungsbereich dafür plädieren, Wettbewerbsbenachteiligungen anzupacken und einen Standard fördern, der einen attraktiven PreisLeistungsvergleich mit in- und ausländischen Regionen auch in Zukunft zuläßt,
- den Aufbau eines zentralen Buchungssystems unterstützen,
- Aus- und Fortbildung im Bereich des Tourismus fördern,
- die bädermedizinische und bäderwirtschaftliche Forschung ausweiten und fördern,
- mit den zuständigen Gruppen Konzeptionen zur Stärkung des klinischen Kurangebotes an Nord- und Ostsee und dem Binnenland entwickeln,
- den ländlichen Raum durch Konzepte - wie Ferien auf dem Bauernhof - stärken,

- die Kooperation der Landeswerbung betreibenden Organisationen sinnvoll fördern,
- die Erfordernisse der Touristik in die Verkehrspolitik einbeziehen. In Anbetracht der zunehmenden Bedeutung des Kurzurlaubs müssen Interessenten ihre Quartiere ohne langen Zeitaufwand erreichen können.

#### Gleichwertige Lebensbedingungen in unterschiedlichen Regionen

Die Regionen Schleswig-Holsteins weisen eine unterschiedliche Wirtschaftskraft auf. Unsere Politik will den Menschen in den einzelnen Regionen möglichst gleichwertige Lebensbedingungen zu bieten.

Eine CDU-Landesregierung wird einen Schwerpunkt ihrer Regionalpolitik auf den Ausbau der Infrastruktur legen. Dazu gehören:

- leistungsfähige Verkehrswege,
- eine moderne Kommunikations-Infrastruktur,
- gut erreichbare Bildungseinrichtungen,
- Ansiedlung von nicht standortgebundenen Landes- und Bundesbehörden sowie von überregionalen Forschungseinrichtungen in den strukturschwächeren Gebieten.

Darüberhinaus werden weiterhin Förderanreize für betriebliche Investitionen in den strukturschwächeren Räumen erforderlich sein. Dies gilt insbesondere für die vom Truppenabbau betroffenen Standorte.

#### Brücke statt Lücke zum Norden und Osten

Zukunftsweisende Verkehrspolitik strebt einen Interessenausgleich aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer mit dem Ziel an, daß Menschen und Güter möglichst schnell, umweltschonend, sicher und preisgünstig an ihren Bestimmungsort gelangen. Dazu sind integrierte Systeme erforderlich, die die einzelnen Verkehrsmittel sinnvoll miteinander verbinden. Zur Finanzierung der zukünftigen Verkehrsinfrastruktur müssen privates Kapital und private Betreiber zugelassen werden.

Eine CDU-Landesregierung wird sich vorrangig einsetzen für:

- den Bau einer festen Elbquerung elbabwärts von Hamburg,
- den Bau des Flughafens Kaltenkirchen als Ersatzflughafen für Hamburg-Fuhlsbüttel,
- die zügige Elektrifizierung der Bundesbahnstrecken Hamburg-Flensburg/Kiel, Hamburg-Puttgarden und Hamburg-Berlin,
- den Bau einer Ostsee-Autobahn,
- den Bau einer festen Querung des Fehmarn-Beltes,

- eine Straßenverbindung nördlich von Hamburg von der Westküsten-Autobahn (A 23) bis zur Berlin-Autobahn (A 24),
- den Bau der vierten Elbtunnelröhre,
- drei leistungsfähige Straßenverbindungen im Norden, in der Mitte und im Süden des Landes,
- die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen und Fährverbindungen.

Die Verkehrsbelastung in den Ballungsräumen muß vermindert werden. Dazu brauchen wir strukturverbessernde Maßnahmen, die Anreize schaffen, auf umweltschonende Verkehrsmittel umzusteigen. Daneben brauchen wir ein verändertes Bewußtsein der Menschen.

Eine CDU-Landesregierung wird:

- Umgehungsstraßen bauen,
- für Parkmöglichkeiten rund um die Stadtkerne eintreten,
- den ÖPNV ausbauen und seine Attraktivität erhöhen, z.B. durch weitere Tarif- und Verkehrsverbundsysteme,
- Park & Ride-Plätze an den Stadträndern und den Bahnhöfen fördern,
- für Verkehrsleitsysteme eintreten,
- Radwege ausbauen.

### Wirtschaft im Dienst der Verbraucher

Alles Wirtschaften erfolgt im Interesse des Verbrauchers. Seine Nachfrage lenkt die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Damit die Verbraucherinnen und Verbraucher diese Rolle marktwirksam ausfüllen können, benötigen sie vielfach den unabhängigen Rat von Verbraucherorganisationen.

Eine CDU-Landesregierung wird die Arbeit der Verbraucherzentrale unterstützen, damit sie ihre wichtige Aufgabe flächendeckend wahrnehmen kann.

### Wohnungen bauen

Ziel der CDU ist es, möglichst schnell möglichst viele Wohnungen zu bauen.

Diese Aufgabe ist durch Bereitstellung von öffentlichen Mitteln allein nicht zu leisten. In Schleswig-Holstein können allenfalls jährlich etwa zwei- bis dreitausend Wohnungen öffentlich gefördert werden. Notwendig ist es daher, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß private Investoren bereit sind, im Wohnungsbau zu investieren. Wir wollen daher mit unserer Politik ein Klima schaffen, in dem der Investor darauf vertrauen kann, daß sich seine Investition mittel- und langfristig lohnt.

Eine CDU-Landesregierung wird:

- sich dafür einsetzen, daß die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für den Eigenheim- und Mietwohnungsbau deutlich verbessert werden,

- dafür eintreten, daß die Mieterhöhungsmöglichkeiten nach den geltenden Gesetzen erhalten bleiben,
- sich dafür einsetzen, daß das Wohngeld zum zentralen Element der Wohnungsbauförderung weiterentwickelt wird,
- die Eigenheimförderung erheblich verstärken, denn Eigenheimbau mobilisiert Kapital, verhindert steigende Wohnlasten und hat einen größeren Förderungseffekt als beim Mietwohnungsbau,
- den sogenannten dritten Förderungsweg auch in Schleswig-Holstein einführen,
- die Mieten neuzubauender Sozialwohnungen an den aktuellen Mieten älterer sozialer Wohnungen orientieren,
- landesplanerische Richtwerte für den Wohnungsbau in den Gemeinden erweitern,
- überflüssige Reglementierungen abbauen,
- den Bau neuer Studentenwohnheime fördern.

In Zusammenarbeit mit den Kommunen wird sich eine CDU-Landesregierung dafür einsetzen, daß

- rechtzeitig und ausreichend Flächen für den Wohnungsbau planerisch ausgewiesen und diese Bauflächen wirtschaftlich und sparsam erschlossen werden
- und die Bauplanungs- und Baugenehmigungsverfahren deutlich beschleunigt werden.

Wir brauchen mehr Gerechtigkeit im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Deshalb wollen wir eine Fehlbelegungsabgabe einführen mit dem Ziel, daß diejenigen, die nach ihrem Einkommen nicht mehr auf eine öffentlich geförderte Wohnung angewiesen sind, die vollen Kosten dieser Wohnung bezahlen. Mit diesem Geld könnten viele neue Wohnungen gebaut werden.

## EXISTENZ- UND WETTBEWERBSFÄHIGE LANDWIRTSCHAFT

### Kurskorrektur in Brüssel und in Kiel

Unsere schleswig-holsteinische Landwirtschaft steht vor schwierigsten Herausforderung. Die Unfähigkeit von EG-Kommission und Ministerrat, rechtzeitig sachgerechte Entscheidungen zu treffen, hat zu ungelösten Markt- und Haushaltsproblemen in der Gemeinschaft geführt.

Die Einkommens- und Entwicklungschancen auch gut strukturierter Betriebe haben sich drastisch verschlechtert.

Deshalb kämpft eine CDU-Landesregierung für

- eine neue verlässliche und langfristig angelegte Bundes- und EG-Agrarpolitik,
- die kurzfristige Wiederherstellung des Marktgleichgewichtes durch EGweite Produktionsrückführungen und eine dauerhafte Lösung des Überschußproblems über Mengenvereinbarungen im GATT,
- Einkommen, die vorrangig über die Produktionspreise, kostensenkende Maßnahmen und offensives Marketing gesichert werden anstatt durch "direkte Einkommensübertragungen" als einkommensbestimmende Elemente,
- begleitende Einkommensstützungen, Hilfen für die Agrarsozialpolitik und Maßnahmen zum Kapazitätenabbau, die aber die Entwicklung einer leistungsfähigen Landwirtschaft nicht behindern dürfen,

- eine vielfältige mittelständische Agrarstruktur von leistungsfähigen Betrieben, vorwiegend in der Form von Familienbetrieben, ohne die Festlegung strukturbehindernder Obergrenzen.

In schwieriger Zeit werden wir dafür Sorge tragen, zusätzlichen Kostendruck durch landespolitische Maßnahmen weitestgehend zu vermeiden. Eine CDU-Landesregierung wird deshalb die Initiativen und Vorschläge der CDULandtagsfraktion wieder aufgreifen und unsere Politik der Existenzsicherung und betrieblichen Konsolidierung fortsetzen.

Damit die schleswig-holsteinische Land- und Ernährungswirtschaft auch zu denen gehört, die vom gemeinsamen Binnenmarkt profitieren, wollen wir über eine konzertierte Aktion unter Beteiligung aller Marktpartner eine zukunftsorientierte Produktions- und Absatzpolitik entwickeln, die sich an den Wünschen der Verbraucher orientiert.

Wir werden die Chancen nutzen, die der Europäische Wirtschaftsraum auch der Landwirtschaft bietet. Dazu werden wir insbesondere eine verbesserte Interessenvertretung Schleswig-Holsteins bei den Institutionen der Europäischen Gemeinschaften anstreben.

#### Partner Landwirtschaft und Umwelt

Landwirte und Verbraucher haben ein gemeinsames Interesse am Ausgleich von Ökonomie und Ökologie.

Eine CDU-Landesregierung setzt sich ein für

- die Erarbeitung, Durchsetzung und Kontrolle EG-weiter Leitlinien einer ordnungsgemäßen umweltgerechten Landbewirtschaftung in ihrer Vielfalt,
- die Förderung des integrierten Pflanzenschutzes und des integrierten Landbaus durch Wissensvermittlung an den Schulen und in der Ausbildung sowie finanzielle und personelle Sicherstellung der Beratung,
- mehr gegenseitige Toleranz zwischen den verschiedenen Formen des ökologischen Landbaus, der Extensivierung, der kontrollierten Produktion und einer intensiven umweltverträglichen Landwirtschaft,
- die Fortführung der Umweltschutzförderung in der Landwirtschaft,
- einen leistungsbezogenen Ausgleich von landschaftspflegerischen Maßnahmen für Natur und Umwelt und von Bewirtschaftungserschwernissen aus Bundes- und Landesgesetzen.

Schleswig-Holstein darf nicht zum Schlußlicht bei nachwachsenden Rohstoffen werden. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß in spätestens 10 Jahren in Schleswig-Holstein und in der EG 10 bis 15 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Non-Food-Produktion genutzt werden kann.

Wir werden

- in der anwendungsorientierten Erforschung der Naturstoff-Chemie und der Verwertung von Biomasse Akzente setzen,

- unter Berücksichtigung der regionalen Voraussetzungen ein Landesprogramm für Pilot- und Demonstrationsvorhaben im Industrie- und Energiepflanzenanbau durchsetzen,
- die Markteinführung nachwachsender Rohstoffe vorantreiben und im Interesse des vorbeugenden Umweltschutzes Verwendungsgebote z.B. bei Treib- und Schmierstoffen in umweltsensiblen Bereichen schnell anstreben.

Wir wollen im ständigen Gespräch mit Landwirten, Landfrauen und Landjugend für die Zukunft der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft kämpfen und damit die Grundvoraussetzungen zur Erhaltung und Entwicklung der ländlichen Region schaffen.

Dazu soll ein integriertes Konzept entwickelt werden, das u.a. Maßnahmen der Dorferneuerung, der ländlichen Wohnungsbauförderung, der Infrastrukturverbesserung und der wirtschaftlichen Entwicklung enthält.

#### Den Fischern helfen

Ein Existenzsicherungsprogramm soll unseren unverschuldet in Not geratenen Fischern und Binnenfischern helfen.

Dazu gehören

- eine konsequente EG-Fischereipolitik, die die Bestandserhaltung der Fischbestände und eine verbesserte Kontrolle in den Mittelpunkt stellt.
- in Anerkennung der erbrachten Vorleistungen Hilfen für unverschuldet in Not geratene Fischer.
- Unterstützung von Forschungsvorhaben für Fischerei und Aquakultur an Nord- und Ostsee.

#### Wälder wachsen lassen

Es ist unser Ziel, die Waldbestände um ein Drittel zu vermehren.

Eine CDU-Landesregierung erreicht dies über

- die Neuaufforstung der Landeswaldflächen auch in privater Hand,
- die Sicherstellung der forstwirtschaftlichen Betreuung,
- die Förderung der standortgerechten Waldbewirtschaftung in Schleswig-Holstein.

## JUGEND IST ZUKUNFT

Wir setzen auf Mitverantwortung, Mitgestaltung und Engagement der jungen Generation. Entfaltungsmöglichkeiten schaffen, Verantwortungsbewußtsein bilden und Zukunftschancen verbessern sind Ziele unserer Politik für die und mit den jungen Menschen. gute Ausbildungsangebote sind dafür wichtigste Voraussetzung.

Für die CDU gilt im Bereich der Jugendarbeit der Grundsatz: Freiwilligkeit, Vielfalt und freie Initiative statt staatlicher Einmischung und Bevormundung. Wir fühlen uns deshalb der Arbeit in den zahlreichen Verbänden und Vereinen besonders verpflichtet.

Eine CDU-Landesregierung wird

- die finanziellen Zuschüsse zur Förderung der Jugendarbeit erhöhen,
- für wohnortnahe Sportanlagen eintreten, um auch den nicht organisierten Kindern und Jugendlichen die Sportausübung ohne lange Verkehrswege zu ermöglichen,
- stärkere Kooperation von verbandsbezogener und offener Jugendarbeit anregen,
- Ideen und Initiativen der Jugendkultur aufgreifen und fördern,
- Jugendschutzbeauftragte in allen Kreisen und kreisfreien Städten anregen,

- die Beteiligung junger Menschen am politischen Geschehen fördern, Planspiele (z.B. im Kreistag) anregen, um politisches Handeln transparent und erlebbar zu machen.

Auch in Schleswig-Holstein verstärkt sich die Tätigkeit von Sekten, die versuchen, gerade junge Menschen in ihren Bann zu ziehen.

Eine CDU-Landesregierung wird

- der Arbeit der als gefährlich eingestuften Sekten und Kulte durch eine effektive Aufklärungsarbeit entgegenwirken und gegebenenfalls auf ein Verbot solcher Organisationen drängen,
- eine Erfassungsstelle zur Sammlung von Informationen über Sekten schaffen,
- den Jugendschutz in anderen Gefährdungsbereichen, z.B. in Alkoholismus und Drogenkonsum, intensivieren,
- der Jugendkriminalität durch Präventiermaßnahmen entgegenwirken.

Kinder- und Jugendhilfe muß die Erziehung in der Familie in den Mittelpunkt stellen. Dazu gehören Erziehungsberatung, hauptamtliche Erziehungsbeistände und Pflegefamilien. Durch eine Erleichterung von Adoption und Pflegerschaft muß die Zahl der Heimkinder vermindert werden. Ebenso sind Maßnahmen im Vorfeld der Heimerziehung zu fördern. Für besondere Problemfälle muß eine ausreichende Zahl von Plätzen in Landesheimen erhalten bleiben. Dies dient auch den gefährdeten Jugendlichen, da eine therapeutische Behandlung dort am ehesten zu gewährleisten ist.

## ZUKUNFT DURCH BILDUNG

### Bildungspolitik ist ein ganz zentraler Bereich der Landespolitik

Unsere Kinder sollen in der Schule mit Freude lernen. Bildung, Ausbildung und Erziehung sichern Freiheit und sozialen Fortschritt.

Die Schule ist nicht nur Lernort, sondern zugleich Lebensraum für unsere Kinder und Jugendlichen. Sie soll sich daher noch weiter öffnen und das Lebensumfeld einbeziehen.

Diesen Ansprüchen und Zielen wird das gegliederte Schulwesen gerecht. Es ist kindgerecht, begabungsorientiert, leistungsfähig und flexibel. Daher werden wir das gegliederte Schulwesen bewahren und zukunftsgerecht weiterentwickeln.

### Unser gegliedertes Schulwesen stellt sich neuen Herausforderungen

- mit seinen vielfältigen Schularten, seiner Durchlässigkeit zu allen weiterführenden Abschlüssen und der Chancengerechtigkeit für alle,
- mit seiner Förderung einer allgemeinen Bildung und des fachlichen Wissens sowie des sozialen Lernens,
- mit seiner Erziehung zum selbständigen, leistungsbereiten, kritikfähigen und verantwortungsbewußten Menschen mit Rechten und Pflichten,

- mit seiner Offenheit gegenüber allen Bereichen der Gesellschaft und der Kooperation mit der Berufswelt.

Wir wollen die Schule von morgen. Dazu dienen diese Ziele einer CDU-Landesregierung:

- Ausbau und Erhalt eines breiten, differenzierten Angebots aller Schularten des gegliederten Schulwesens, mit schulartbezogenen Orientierungsstufen,
- verbesserte Wechselmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler während der Orientierungsstufe,
- Stärkung der Hauptschule durch neue Lehrpläne, qualifizierte und weiterführende Abschlüsse mit Prüfung, Angebote eines freiwilligen 10. Hauptschuljahres und durch Ganztagsangebote,
- zusätzliche Angebote von Ganztagsbetreuung im gegliederten Schulwesen, auch in Orten, in denen bislang allein Gesamtschulen Ganztagsbetreuung anbieten,
- Angebote freiwilliger Betreuung an den Grundschulen während des ganzen Vormittags auch über die Unterrichtszeiten hinaus,
- Verbesserung der Unterrichtsversorgung durch Schaffung neuer Planstellen und Einstellung von mehr Lehrkräften,
- schulart- und altersbezogene Lehrpläne mit neuen Schwerpunkten,
- Beibehaltung von Zeugnissen mit Zensuren ab Klasse 3,

- eine Verstärkung der historisch-politischen Allgemeinbildung,
- eine umfassende Umweltbildung im Zusammenwirken von Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften an allen Schularten und in allen Altersstufen,
- die Erweiterung des Fremdsprachenangebots im Hinblick auf Europa, auch durch fremdsprachlichen Unterricht in anderen Fächern (z.B. Geschichte und Erdkunde) sowie durch Modellprojekte der Fremdsprache Englisch im 3. Schuljahr,
- eine weitere Orientierung des Unterrichts an zukünftigen ökologischen, wissenschaftlichen, technischen, gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklungen,
- besondere Unterrichtsangebote und Fördermaßnahmen für leistungsschwächere wie zugleich für leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler,
- Sicherung einer schulartbezogenen eigenständigen Lehrerinnen- und Lehrerausbildung mit einer Ausweitung und Verbindlichkeit der Fortbildung, für die verstärkt Ferienzeiten genutzt werden sollen,
- Zusammenarbeit von Schulen zur Erhaltung selbständiger Schulstandorte mit eigenständigen Schularten,
- Förderung des Engagements von Schülern in Schülerzeitungen, Schülervertretungen und politischen Schülergruppen,
- eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern,

- Überprüfung der Bildungs- und Ausbildungszeiten im Rahmen der europäischen Entwicklung im Hinblick auf eine Verkürzung.

Eine CDU-Landesregierung wird aus inhaltlichen und finanziellen Gründen keine weiteren Gesamtschulen genehmigen. Die bestehenden Gesamtschulen müssen in sächlicher und personeller Ausstattung wie die anderen Schulen behandelt werden. Für bestehende Gesamtschulen wird der Wille des Schulträgers respektiert.

#### Berufliche Bildung wird gestärkt

Die berufliche Bildung erhält im technischen Zeitalter eine noch größere Bedeutung. Das duale System ist vorbildlich und wird beibehalten. Die Rahmenbedingungen wollen wir weiter verbessern.

Eine CDU-Landesregierung wird

- die Möglichkeiten ausbauen, in den Ausbildungsstätten der Wirtschaft und in den beruflichen Schulen weiterführende Qualifikationen für die Berufs- und Arbeitswelt zu erwerben,
- die Partnerschaft von Berufsschule und Betrieb im dualen System festigen und die Ausstattung von beruflichen Schulen entsprechend den wirtschaftlichen Anforderungen modernisieren,
- allgemeine und berufliche Bildung stärker aufeinander beziehen,

- Berufsbildungschancen für Mädchen und Frauen, insbesondere in den technisch orientierten Berufen, erweitern und verbessern,
- bestehende Studiengänge in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung ausbauen und fehlende Studiengänge neu einrichten,
- einen zweiten Berufsschultag in Abhängigkeit von den jeweiligen Anforderungen des Berufsfeldes bzw. Berufsbildes und in Absprache mit der Wirtschaft umsetzen,
- doppelqualifizierende Bildungsgänge, ausgehend vom Bedarf der Berufswelt, weiterentwickeln,
- ortsnahe Fachklassen erhalten.

#### Moderne Hochschulen für unser Land

Für eine leistungsorientierte Forschung und Lehre müssen geeignete Rahmenbedingungen dafür sorgen, daß

- die Hochschulen in der ihnen verfassungsrechtlich gewährleisteten Autonomie und Eigenverantwortung so weit wie möglich frei von bürokratischen Hemmnissen ihren Forschungsauftrag erfüllen,
- die Hochschulen unter angemessenen personellen Bedingungen nicht nur ihren Ausbildungs-, sondern auch ihren gesetzlich vorgegebenen Bildungs- und Erziehungsauftrag einschließlich der beruflichen Weiterbildung einlösen,

- die Hochschulen den sich verschärfenden Wettbewerb im gesamtstaatlichen und europäischen Maßstab bestehen,
- die Hochschulen verstärkt an der zunehmenden internationalen Verflechtung der Wissenschaft in Forschung und Lehre teilhaben.

An diesen Grundsätzen wird eine CDU-Landesregierung, teilweise zusammen mit dem Bund,

- die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen durch gezielte Förderungsprogramme sichern, wobei bestehende Schwerpunkte besonders beachtet werden,
- die bestehenden Standorte kontinuierlich weiterentwickeln und ausbauen,
- in Heide eine Fachhochschule errichten,
- die Förderung von Frauen in Forschung und Lehre durch spezifische Frauenförderungsprogramme systematisch vorantreiben, um ihnen die Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Tätigkeit und Familie insbesondere in der Phase von Promotion und Habilitation zu erleichtern,
- den Wissenstransfer zwischen Hochschule und Wirtschaft stärker als bisher unterstützen, weil nur so das immense Potential der Hochschulen für das ganze Land genutzt werden kann,
- den nationalen und internationalen Austausch zwischen den Hochschulen ausweiten,

- auf eine noch engere Kooperation zwischen den unterschiedlichen selbständigen Hochschularten hinwirken,
- das Hochschulgesetz so ändern, daß die Hochschulen für Lehre und Forschung wieder eine verlässliche Grundlage besitzen,
- den Hochschulen die Drittmittelforschung erleichtern, um neue Finanzierungsmodelle für Hochschulen zu entwickeln,
- private Hochschulen im Rahmen der Möglichkeiten fördern.

## KULTUR ERLEBEN UND GESTALTEN

Kultur prägt das Miteinander von Menschen in allen Lebensbereichen.

Da Kultur neben der Konsolidierung immer auch den Widerspruch zum Bestehenden wagt, braucht ihre Entwicklung in der Gesellschaft großzügige Freiräume. Deshalb tritt die CDU dafür ein, der Kultur Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen, die durch konkrete Forderungen jedoch erst realisierbar werden können. Deshalb wird eine CDU-Landesregierung

- neue Wege einer Erlebniskultur für möglichst viele Menschen in Stadt und Land eröffnen,
- Antworten auf ein neues kulturelles Selbstverständnis innerhalb der jungen Generation ermöglichen,
- Künstler und Künstlerinnen in allen Sparten gezielt fördern,
- die Wechselwirkung zwischen Kultur und Wirtschaft mit dem Ziel eines modernen Sponsoren- und Mäzenatentums stärken,
- den Kulturaustausch über Landesgrenzen hinweg in einem zusammenwachsenden Europa ausweiten,
- neue Formen interdisziplinärer künstlerischer Zusammenarbeit unterstützen,
- das vielfältige Kulturleben von Minderheiten fördern,

- das Schleswig-Holstein Musikfestival entsprechend seiner herausragenden Bedeutung für unser Land unterstützen,
- die Volkshochschulen als Stätten des lebenslangen Lernens angemessen ausstatten und ihre Arbeit unterstützen,
- alle Maßnahmen fördern, die geeignet sind, das kulturelle und geschichtliche Erbe der ehemaligen deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße für die Gegenwart und Zukunft in unserem Land zu erhalten.

## VERANTWORTUNG DER GENERATIONEN FÜREINANDER

Bitte recht kinderfreundlich!

Kernstück christlich demokratischer Politik ist die Verantwortung für die Familie. Die Zufriedenheit aller Familienmitglieder muß Maßstab unseres Handelns sein, denn sie stabilisiert die Familie in sich selbst. In einer freien Gesellschaft erfüllt die Familie Aufgaben, die durch andere nicht ersetzbar sind. In ihr entwickeln sich die Kinder zu selbständigen Mitgliedern der Gesellschaft, sie gewährt Partnerschaft, Verständnis, gegenseitige Unterstützung.

Eine CDU-Landesregierung wird deshalb die Familien bei ihren wichtigen Aufgaben unterstützen und insbesondere folgende Maßnahmen ergreifen:

- Die CDU wird ein Landeserziehungsgeld für das 3. Jahr des Erziehungsurlaubs in Stufen einführen.
- Wenn Familien in finanzielle Not geraten, dürfen sie nicht allein gelassen werden. Die von der früheren CDU-Landesregierung errichtete Stiftung "Familie in Not" kann rasch und unbürokratisch helfen. Wir werden die dafür erforderlichen Mittel im Landeshaushalt bereitstellen.
- Familienbildungsstätten bieten Anregungen, Rat und Betreuung für Familien, die darauf angewiesen sind oder dies wünschen. Wir werden deshalb die in den letzten Jahren gekürzten Mittel für Familienbildungsstätten sowie für Veranstaltungen von Eltern und Kindern wieder aufstocken.

- Kinder brauchen über die Familie hinaus Umgang mit anderen Kindern, ergänzende Bildung, Erziehung und Betreuung. Eltern, vor allem alleinerziehende Mütter und Väter, müssen bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützt werden. Wir wollen zusammen mit den Koalitionsparteien in Bonn einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz schaffen und diesen in Schleswig-Holstein mittelfristig umsetzen. Unser Ziel ist es, in Schleswig-Holstein so schnell wie möglich den Mangel an Betreuungsplätzen zu beseitigen und ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zu erreichen. Neben Kindergärten wollen wir kindergartenähnliche Einrichtungen, Spielstuben, Tagesmütter/Tagesväter und Pflegestellen fördern.

Als Hilfe für mißhandelte Mädchen und Frauen werden wir eine landesweite telefonische Anlaufstelle (Nottelefon) einrichten.

#### Gesund bleiben - Gesund werden

Die CDU setzt auch in Zukunft auf folgende Grundsätze der Gesundheitspolitik:

- Eigenverantwortung des Menschen für seine Gesundheit, freie Wahl von Ärztin, Arzt und Krankenhaus,
- Selbstverwaltung von Kassen und Ärzteschaft,
- Freie Niederlassung und freie Berufsausübung für die Heilberufe,
- Vielfalt von Krankenhäusern in unterschiedlicher Trägerschaft.

Wesentliche Weichen in der Gesundheitspolitik werden auf Bundesebene gestellt. Eine CDU-Landesregierung wird dafür eintreten, daß Entscheidungen im Dialog und nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg fallen.

In der Gesundheitspolitik des Landes wird eine CDU-geführte Regierung

- im Gespräch mit allen Beteiligten klären, wie die bestehenden Möglichkeiten zur Prävention besser ausgeschöpft werden können und welchen unterstützenden Beitrag das Land dazu und zur Stärkung des Kostenbewußtseins leisten kann,
- dafür eintreten, daß die Ausbildung für ärztliche Berufe den steigenden Anforderungen gerecht wird und höchstmögliche Qualität Maßstab der Ausbildung bleibt.
- in Abstimmung mit den beiden Universitäten dafür sorgen, daß die Allgemeinmedizin in Forschung und Lehre stärker berücksichtigt wird. Eine gute hausärztliche Versorgung in allen Teilen des Landes ist eine tragende Säule bei der Betreuung der Patienten.
- keine Bettenberge bauen. Dennoch wollen wir ausreichend Mittel für Investitionen in Krankenhäusern bereitstellen, um zu einer besseren und rationelleren Versorgung zu kommen.
- die vielfältigen Möglichkeiten des Landes zur Behebung des Pflegenotstandes, wie sie schon längst von der CDU im Landtag beantragt wurden, ausschöpfen, denn: über ein Drittel der Krankenhäuser im Lande klagen über einen Pflegenotstand.

- ein fachlich gut ausgestattetes Umweltkrankenhaus schaffen, das im engen Zusammenwirken mit niedergelassenen Ärztinnen, Ärzten und Krankenhäusern arbeitet, denn durch Schadstoffe in der Umwelt verursachte Krankheiten gewinnen zunehmend Bedeutung.
- eine wohnortnahe psychiatrische Versorgung zügig ausbauen.

Der Mißbrauch von Suchtmitteln nimmt auch in Schleswig-Holstein erschreckend zu. Eine CDU-Landesregierung wird deshalb

- eine umfassende Aufklärungskampagne über Gefahren und Ursachen von Suchtverhalten starten,
- in Schulzentren und größeren Schulen Lehrer nach entsprechender Weiterbildung als Präventionsbeauftragte einsetzen,
- einer Freigabe sogenannter "weicher Drogen" entgegenzutreten,
- den Einsatz von Methadon in medizinisch kontrollierten Einzelfällen ermöglichen und
- Therapieplätze ausbauen, um den Ausstieg aus dem Drogenkonsum erreichen.

#### Sicherheit im Alter

Die Achtung vor der Lebensleistung unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger prägt die Politik der CDU. Die älteren Menschen haben die Grundlagen für den Wohlstand der Jüngeren geschaffen. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Chance für ein gesichertes und erfülltes Leben zu gewährleisten.

- Die CDU im Bund hat durch rentensichernde Maßnahmen den meisten Senioren einen finanziell abgesicherten Lebensabend ermöglicht.

Wir treten dafür ein, daß durch eine Pflegeversicherung mit sozialverträglichen, familienfreundlichen Beiträgen und krisensicheren Leistungen allen Betroffenen die Angst genommen wird, durch Pflegebedürftigkeit zum Sozialhilfe- und Taschengeldempfänger zu werden, ohne daß durch die Pflegeversicherung die Gesamtbelastung der Wirtschaft steigen soll.

- Unsere Gesellschaft braucht eine grundlegend neue Einstellung zum Alter und zu den Chancen und Wünschen im dritten Lebensabschnitt. Die Erfahrungen der Senioren und ihre Einsatzmöglichkeiten dürfen nicht brachliegen. Wir wollen, daß Senioren in eigener freier Entscheidung eine Mitwirkung an gesellschaftlichen Aufgaben finden; jede Art von staatlicher Bevormundung lehnen wir ab.
- Eine CDU-Landesregierung wird die von der Engholm-Regierung abgeschafften Jubiläumsgelder für Alters- und Ehejubilare wieder einführen.
- Wir werden Möglichkeiten zur aktiven Lebensgestaltung im Alter fördern.

#### Partner für Behinderte und Hilfsbedürftige

Unsere Politik heißt: Unterstützung für alle, die auf Hilfe angewiesen sind. Eine Gesellschaft ist nur dann human, wenn sie den Kranken, den Behinderten, den Pflegebedürftigen, den Einsamen und Armen hilft.

Die CDU-Landesregierung wird

- mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, mit den Heilberufen und den Betroffenen prüfen, wie die bestehenden Möglichkeiten für Prävention und Rehabilitation besser genutzt und welche zusätzlichen Möglichkeiten geschaffen werden können,
- den Vorrang der freien Wohlfahrtsverbände berücksichtigen. Sie leisten einen nicht ersetzbaren Beitrag in der Betreuung kranker, behinderter, pflegebedürftiger und sonst der Hilfe bedürftiger Menschen. Staat und Kommunen sollen eigene Maßnahmen nur durchführen, soweit freie Wohlfahrtsverbände dies nicht können.

#### Sport hält fit

Sport hat gesundheitliche, soziale und erzieherische Funktionen. Wir wollen ihn angemessen fördern. Dies gilt für den Vereinssport und den Schulsport.

Eine CDU-Landesregierung wird für wohnortnahe Sportanlagen eintreten und dabei ein rücksichtsvolles Miteinander zwischen Sport und Umwelt anstreben.

#### Verantwortung für Deutsche im Ausland

Das Recht der Angehörigen deutscher Minderheiten, als Aussiedler nach Deutschland zu kommen und hier als Deutsche aufgenommen zu werden, muß gewahrt bleiben. Wir treten aber dafür ein, künftig den Aussiedlerstatus nur denjenigen zuzubilligen,

die eindeutig zu deutschen Volksgruppen gehören. Wir werden nach unseren Kräften dazu beitragen, in den Heimatländern der deutschen Minderheiten solche Bedingungen zu schaffen, daß sie dort ein menschenwürdiges Leben führen können.

## FRAUEN: GLEICHBERECHTIGUNG UND PARTNERSCHAFT

Unser Ziel ist eine partnerschaftliche Gesellschaft, in der Frauen und Männer mit gleichen Pflichten und Rechten in allen Bereichen privaten und öffentlichen Lebens verantwortlich tätig sein können. Wir wollen das im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigungsangebot umsetzen. Dies erfordert gezielte Maßnahmen in allen Politikbereichen. Wahlfreiheit heißt für uns, daß Frauen und Männer gleichermaßen entscheiden können, ob sie Beruf, Familie oder eine Verbindung von Beruf und Familie als Lebensziel wählen wollen. Deshalb sollen Frau und Mann die Freiheit und die Möglichkeit haben, in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Lebensentscheidungen treffen zu können. Hierfür sind rechtliche, praktische und bewußtseinsbildende Veränderungen notwendig.

Eine CDU-Landesregierung wird

- das Ziel der Gleichberechtigung und Partnerschaft zwischen Frauen und Männern im gesamten Bildungsbereich verfolgen,
- der Partnerschaft von Frau und Mann, von Mädchen und Jungen, in der Aus- und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte sowie in der Elternbildung einen wichtigen Platz einräumen,
- an der gemeinsamen Erziehung von Mädchen und Jungen festhalten, aber ihnen gleichzeitig den Freiraum lassen, besonders spezifische Erfahrungsmöglichkeiten zu gewinnen, mit deren Hilfe überkommene Verhaltensmuster abbaubar sind. Für Mädchen bedeutet das u.a., Interessen auch für technische und naturwissenschaftliche Themen und Fächer zu wecken sowie die Eigenverantwortlichkeit und den Blick auf

lebenslange Existenzsicherung (Ausbildung, Arbeitsplatz und Altersversorgung) zu fördern. Für Jungen bedeutet dies, Interesse z.B. im häuslichen, familienpflegerischen und sozialen Bereich anzuregen.

- das Berufswahlspektrum für Mädchen und Frauen erweitern, auch unter dem Gesichtspunkt dauerhafter Beschäftigungsmöglichkeit und materieller Existenzsicherung für das ganze Leben,
- mithelfen, Vorurteile bei den für die Ausbildung und Beschäftigung Verantwortlichen abzubauen,
- frauenspezifische Aus- und Fortbildungs- sowie Umschulungsmöglichkeiten, insbesondere im Umgang mit neuen Technologien und Kommunikationsmedien, ausweiten,
- das im Aufbau befindliche Verbundsystem zur Wiedereingliederung von Frauen in mittelständische Betriebe unterstützen und beschleunigen,
- Angebote zur Qualifizierung für Führungspositionen und Existenzgründungen schaffen,
- die Verbindung von Familie und Beruf durch flexible Arbeits- und Anfangszeiten in Beruf und Betreuungseinrichtungen fördern.

Für eine partnerschaftliche Gesellschaft ist die gleichberechtigte Teilhabe und Teilnahme von Frauen und Männern an der gesellschaftlichen und politischen Verantwortung unverzichtbar.

Eine CDU-Landesregierung wird

- den Auftrag der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung in allen kollegialen Beschlußgremien umsetzen,
- Kommunen zur Gleichstellungspolitik motivieren, ohne ihnen die Mittel, diese Politik umzusetzen, zu diktieren,
- Frauenförderpläne initiieren und verbessern.

#### ASYLRECHT SCHÜTZEN - MIßBRAUCH BESEITIGEN

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Sie haben Anspruch auf menschenwürdige Behandlung und Achtung ihrer Persönlichkeit.

Dem Mißbrauch des Asylrechts durch nicht politisch Verfolgte muß entschieden entgegengetreten werden, um die Akzeptanz des Asylrechts in der Bevölkerung auf Dauer zu sichern. Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, den Mißbrauch zu beseitigen. Eine CDU-Landesregierung wird deshalb

- die Asylverfahren beschleunigen,
- abgelehnte Asylbewerber sofort in ihre Heimatländer zurückbringen, soweit internationale Vereinbarungen dem nicht entgegenstehen,
- Asylbewerber in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften statt in Einzelwohnungen, Hotels oder Pensionen unterbringen,
- Asylbewerbern soweit möglich Sozialhilfe nicht in Bargeld, sondern in Form von Sachleistungen gewähren.

Diese Maßnahmen allein werden das Problem des Mißbrauchs nicht lösen. Wir treten dafür ein, daß

- Asylbewerber aus Ländern, in denen keine politische Verfolgung stattfindet, sofort zurückgeschickt werden,
- Asylbewerber, die über Länder einreisen, in denen sie schon Asyl hätten beantragen können, in diese Länder zurückkehren,

- Asylbewerber, die bereits in einem anderen EG-Land einen Asylantrag gestellt haben, keinen neuen Antrag in Deutschland stellen dürfen,
- das Asylrecht auf europäischer Ebene harmonisiert wird.

Diese Zielsetzungen sind nur mit einer Ergänzung des Grundgesetzes zu erreichen. Eine CDU-Landesregierung wird sie unterstützen.

## ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND VERWALTUNG IM DIENSTE DER MENSCHEN

Die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins müssen sicher leben können. Unsere liberale Grundhaltung sichert den Menschen ein Höchstmaß an individueller Freiheit und schützt zugleich diesen Freiraum vor Gefährdungen und Beeinträchtigungen. Die Justiz, die Verwaltung und die Polizei müssen das Recht aller Bürgerinnen und Bürger schützen und sie vor gewalttätigen Angriffen auf Leib, Leben, Freiheit und Eigentum bewahren. Deshalb wollen wir die Kriminalität, insbesondere die Massendelikte und radikalen Übergriffe sowie das organisierte Verbrechen und die Rauschgiftkriminalität wirkungsvoll bekämpfen. Jeder erkannte Straftäter soll sich anschließend in einem rechtsstaatlichen und konsequenten Strafverfahren verantworten.

Die CDU-Landesregierung wird

- die Polizei personell und materiell so ausstatten, daß sie ihre Aufgaben sachgerechter als bisher wahrnehmen kann,
- die Polizeibeamten von vollzugsfremden Aufgaben entlasten,
- eindeutige polizeirechtliche Regelungen, insbesondere für den finalen Rettungsschuß sowie für den Einsatz von verdeckten Ermittlern schaffen. Die polizeirechtlichen Befugnisse zur Durchführung von Abhörmaßnahmen sind eindeutig und unter Beachtung des Datenschutzes zu regeln,

- sich für eine Harmonisierung der polizeirechtlichen Regelungen und der Organisationsformen unter Einbeziehung des Bundesgrenzschutzes einsetzen, um auf dem Fundament der Länderzuständigkeit neue nationale und europäische Strukturen für die innere Sicherheit zu schaffen.

Der Strafvollzug muß so gestaltet sein, daß nicht durch überzogene Formen von Liberalisierung im offenen Strafvollzug neue Gefahren für die Allgemeinheit entstehen.

Feuerwehr, Hilfsorganisationen und Regieeinheiten des Katastrophenschutzes leisten mit großem ehrenamtlichen Engagement einen unschätzbaren Dienst für die Gemeinschaft. Dafür verdienen sie Förderung und Unterstützung des Landes.

Bundeswehr und Bundesgrenzschutz behalten auch unter geänderten politischen Rahmenbedingungen ihre wichtige Funktion. Beide garantieren die Sicherheit unseres Staates und der Bürgerinnen und Bürger. Härten, die bei der notwendigen Reduzierung der Personalstärken auftreten können, müssen für den betroffenen Personenkreis sozial verträglich aufgefangen werden. Unsere Soldatinnen und Soldaten, Beamtinnen und Beamten sowie deren Familien sollen sich auch in Zukunft in unserem Land wohlfühlen können.

Statt Ausdehnung staatlicher Verwaltungstätigkeit wollen wir den öffentlichen Dienst so effektiv wie möglich gestalten, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut ausbilden und sie motivieren, damit sie ihren Auftrag im Dienste der Menschen erfüllen können. Wir bekennen uns zum Berufsbeamtentum.

Wir bejahen die Arbeit der Personalräte in der Verwaltung. Mitwirkung und Mitbestimmung müssen aber gerade im Interesse der Betroffenen auf unbezweifelbarer verfassungsrechtlicher Grundlage stehen. Für den öffentlichen Dienst muß auch in Schleswig-Holstein gelten: Die Verwaltung ist Teil unserer Gesellschaft, sie gehört nicht sich selber, sie dient dem Bürger. Die von uns angestrebte Fortentwicklung der Mitbestimmung soll deshalb der Notwendigkeit Rechnung tragen, die Handlungsfähigkeit der Verwaltung im Interesse der Bürger zu stärken.

## PARTNERSCHAFT ZWISCHEN KOMMUNEN UND LAND

Alle Angelegenheiten, die am besten vor Ort im Dorf und in der Stadt geregelt werden können, sollen auch dort entschieden werden und müssen befreit werden von übertriebenen zentralen Regelungen des Landes. CDU-Politik stärkt die Entscheidungsfreiheit der Menschen in ihrer Gemeinde. Eine CDU-Landesregierung wird deshalb die kommunale Entscheidungsfreiheit wieder stärken.

Die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in kommunalen Angelegenheiten sollen erweitert werden. Wir wollen, daß künftig die Landräte, Oberbürgermeister und hauptamtlichen Bürgermeister direkt gewählt werden. Eine CDU-Landesregierung wird die dafür notwendigen gesetzlichen Regelungen schaffen. Kommunale Selbstverwaltung lebt vom ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Diese Teilnahme wollen wir mit den bewährten Prinzipien der Amts- und Magistratsverfassung erhalten.

Kommunale Selbstverwaltung benötigt finanzielle Unabhängigkeit. Deshalb werden wir den kommunalen Finanzausgleich reformieren.

Wir wollen die Verbindungen zu den Deutschen in Nordschleswig aufrecht erhalten und stärken.

Die kommunalen Städtepartnerschaften, insbesondere zu den neuen demokratischen Ländern im Osten werden wir unterstützen.

Herausgeber: CDU - Schleswig-Holstein  
Sophienblatt 44-46  
2300 Kiel 1

Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier